

Tabak-Arbeiter

Nr. 14 / Bremen, den 4. April 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bringerohn. — Anzeigenpreis 50 Goldpfennig für die viergespaltene Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: F. Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, K. Feldmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. H. Schmalzfeldt & Co. — Schluß in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Roland 648. — Geld- und Einlieferungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 201. — Postfachkonto 3349 beim Postamt Hamburg. — Bankkonto: Bankleitung der Großhandelsbank Deutsche Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsvorsitzender: K. Feldmann, Bremen, An der Weide 201. — Verbandsauschuss: L. Schöne, Hamburg, Befehlshaberhof 57, Zimmer 4546.

Zum 1. Mai!

Arbeiter, Angestellte!

Demonstriert am 1. Mai mit Eurer ganzen Macht und bis zum letzten Mann für die Forderungen des Weltproletariats! Noch immer haben wir den Kampf zu führen gegen die Reaktion, die, nachdem sie dem Proletariat im Weltkrieg Gesundheit und Leben geraubt hat, ihm nun das Wichtigste und Notwendigste vorenthält:

Arbeit und Frieden!

Der Krieg wurde von der besitzenden Klasse gemacht und für die besitzende Klasse geführt; von den Besitzenden wird der Achtstundentag bekämpft und in ihrem Interesse sabotiert. Zweimal in den letzten Jahren lebte in der Welt die Hoffnung auf, daß dem Trauerspiel, das der Kapitalismus Tag für Tag aufführt, ein Ende gemacht würde. Das erstemal, als die Washingtoner Arbeitskonferenz den Achtstundentag als internationale Maßregel festlegte. Das zweitemal, als Macdonald in Genf sein erlösendes Wort gegen den Militarismus in die Welt sandte. Die kapitalistische Reaktion hat die Durchführung beider Lösungen zu verhindern gewußt; die Arbeitszeit wird weiter verlängert; die Kriegsrüstungen werden weiter fortgesetzt. Es ist Zeit, Arbeiter und Angestellte, endlich die Regierungen zu zwingen, den Achtstundentag und die Abrüstung durchzuführen. Es ist Zeit, daß die Arbeitnehmer ihre Augen öffnen und ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern! Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Gleichmut aufgeben und den Besitzenden zurufen: Es ist genug! Wir wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Nihilisten, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden! Wir wollen nicht länger die Beute einer Kaste sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlbefindens und ihres eigenen Glücks das Wohlbefinden und Glück des Proletariats und seiner Familie zerstört! Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch, das auf uns drückt, so lange die Arbeitszeit lang und Kasernen voll sind! Genossen! Demonstriert am 1. Mai in Millionen und Millionen

**Für den Achtstundentag! Für Abrüstung!
Gegen Krieg und Militarismus!**
Internationaler Gewerkschaftsbund.

Deutsche Arbeiter und Angestellte!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf, am 1. Mai durch machtvolle Demonstrationen einzutreten für den Achtstundentag und den Völkerfrieden. Also, wir richten diesen Appell an Euch! Ihr steht mitten im Kampf um den Achtstundentag. Ihr leidet mehr als die Arbeiter anderer Länder an den Folgen des unseligen Weltkrieges. Ihr habt doppelte Gründe dafür, am 1. Mai zu demonstrieren für Eure alten Forderungen. Der 1. Mai 1925 muß wieder ein Tag der Herrschaft der Arbeit werden. Die würdevollste Kundgebung am Weltfeiertag der Arbeit ist die Arbeitsruhe. Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist von den Ortsausschüssen der IGOB. und den Afa-Ortskartellen im Einvernehmen mit den angeschlossenen Gewerkschaften zu prüfen und zu entscheiden. Auch wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß, haben die Ortsausschüsse des IGOB. und des Afa-Bundes durch Veranstaltung von Versammlungen für die Durchführung der Demonstration zu sorgen. Zweckmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten ist dabei erforderlich. Gewerkschaftsmitglieder! Beteiligt Euch vollzählig an der Maidemonstration. Tretet ein für den Achtstundentag, für den Völkerfrieden und für den Ausbau der Sozialpolitik. Macht auch in diesem Jahr die Maifeier zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik. Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Verbands-Abrechnung für das Jahr 1924.

Auf der folgenden Seite dieses Blattes finden die Kolleginnen und Kollegen die Abrechnung unseres Verbandes für das Jahr 1924. Wer diese Abrechnung mit der für das Jahr 1923 („Tabak-Arbeiter“ Nr. 17 vom vorigen Jahre) vergleicht, dem werden sofort wesentliche Unterschiede in die Augen springen. Die einzelnen Summen sowohl unter „Einnahme“ wie auch unter „Ausgabe“ sind bedeutend geringer geworden. An den Platz von neunzehnstelligen Papiermarkbeträgen sind achtestellige Reichsmarkbeträge getreten. Darin offenbart sich die gewaltige Uenderung, die seit Ende 1923 zu verzeichnen ist. Wir haben wieder eine stabile Währung und können mit einem feststehenden Wert unseres Geldes rechnen. Das gibt uns auch die Möglichkeit, die wichtigsten Positionen der Jahresabrechnung einer kritischen Würdigung zu unterziehen, während wir uns im vorigen Jahre mit einigen Bemerkungen allgemeiner Art begnügen mußten.

Bei der Uebertragung des Kassenbestandes, der am Ende des Jahres 1923 vorhanden war, auf die Abrechnung für das Jahr 1924 mußte zunächst eine Umrechnung der Papiermarkbeträge in Gold- bzw. Reichsmark vorgenommen werden. Die geringen Summen, die sich daraus ergaben, lassen erst so recht deutlich erkennen, wie arm die ungeheure Geldentwertung unseres Verbandes gemacht hatte. Durch die inzwischen erfolgte Aufwertung früherer Guthaben sind die durch Geldentwertung verursachten Verluste auch nicht annähernd wieder ausgeglichen worden, obgleich die aus der Aufwertung hervorgegangenen Beträge nicht gering zu veranschlagen sind. Wir würden uns jedoch einer Unterlassungssünde schuldig machen, wenn wir nicht darauf hinweisen würden, daß die Aufwertungsgelder dem Verbandsrat vor dem Jahre 1922 nicht zur Verfügung stehen. Sie müssen demnach bei der Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes in den nächsten Jahren außer Betracht bleiben.

Will der Verband in Zukunft allen seinen Verpflichtungen nachkommen, so muß er darauf bedacht sein, seine Einnahmequellen so ergiebig wie möglich zu gestalten. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Finanzgebarung des Verbandes sind aber nur die Einnahmen, die aus den Beiträgen der Mitglieder fließen. Verstärkt diese Quelle, dann ist es um die freigewerkschaftliche Bewegung der Tabakarbeiter geschehen. Im Interesse der Verbandsmitglieder muß deshalb einmal geprüft werden, ob diese Einnahmequelle im vergangenen Jahre nicht ergiebiger hätte sein müssen, wenn alle Angehörigen des Verbandes ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben würden. Darüber möchten wir nämlich keinen Zweifel aufkommen lassen: befriedigen kann die Beitragsleistung der Mitglieder im Jahre 1924 nicht, weder nach der Zahl noch nach der Höhe der geleisteten Beiträge. Nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl berechnet, kommen auf jedes Mitglied im verflossenen Jahre 32,91 Beiträge in Höhe von je 26,99 M oder pro Mitglied und Woche 17,08 M . Wir brauchen wohl nicht weiter auseinanderzusetzen, daß eine solche Beitragsleistung nicht befriedigen kann. Sie ist auch dann noch unzureichend, wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der Mitglieder wegen längerer Arbeitslosigkeit nicht in der Lage war, regelmäßig Beiträge zu zahlen. Deshalb müssen sich alle Mitglieder bestreuen, im laufenden Jahre eine bessere Beitragsleistung zu erzielen. Das liegt nicht nur im Interesse des Verbandes, sondern auch in ihrem eigenen, weil Höhe und Dauer der zu beziehenden Erwerbslosenunterstützung von der Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes abhängig sind.

Somit gibt die Verbandsabrechnung zu Bemerkungen keinen Anlaß, weil aus den Angaben bei den einzelnen Positionen klar zu erkennen ist, wovon die Einnahmen gekommen sind und zu welchen Zwecken Ausgaben gemacht werden mußten

Rechnung des Verbandes für das Jahr 1924.

Einnahme:		M
Bestand der Hauptkasse am 1. Januar 1924 . . .		7 169,87
Bestand der Expeditionskasse am 1. Januar 1924 . . .		18,—
Bestand der Casokassen am 1. Januar 1924 . . .		847,09
Bestand der Zahlstellenkassen am 1. Januar 1924 . . .		16 175,49
Einnahmen der Hauptkasse:		
An Zinsen	15 182,95	
„ Devisen von ausländischen Verbänden	893,70	
„ Aufwertung früherer Guthaben	181 513,40	
„ sonstigen Einnahmen	1 474,12	
„ Inserate und Beilagen der Expedition	404,60	
„ Abonnement der Expedition	610,44	
„ sonstigen Einnahmen der Expedition	10,—	
Einnahmen der Zahlstellen:		
An Beiträgen	649 121,60	
„ Eintrittsgeld für weibliche Mitglieder	7 354,70	
„ Eintrittsgeld für männliche Mitglieder	1 244,40	
„ Mitgliedsbücher	209,05	
„ sonstigen Einnahmen	9 329,93	
Summa		891 559,34

Ausgabe:		M
Fahrtgeld- und Umzugsunterstützung	83,30	
Sterbeunterstützung	5 903,50	
Wohlfahrtsunterstützung	797,—	
Rechtschutzunterstützung	113,72	
Lohnbewegung ohne Streik	26 758,08	
Streik und Aussperrung	4 406,15	
Streik in fremdem Beruf	1 116,—	
Verbandsorgan	85 642,40	
Sonstige Zeitungen	718,24	
Drucksachen und Broschüren	1 655,77	
Agitation	13 846,71	
Konferenzen	1 868,20	
Porto	2 429,51	
Beitrag IZAB.	9 209,22	
Beitrag an das Internationale Sekretariat	4 872,—	
Versicherungsbeiträge	9 290,74	
Sonstige Ausgaben	6 862,50	
Verwaltungskosten, persönliche	62 382,28	
Verwaltungskosten, sächliche	10 257,73	
Verwaltungskosten der Zahlstellen	133 433,11	
Summa		331 596,16

Bilanz.

	M
Einnahme	891 559,34
Ausgabe	331 596,16
Bestand 31. 12. 24	559 963,18

Der Bestand setzt sich wie folgt zusammen:

	M
Hauptkasse	493 073,34
Expeditionskasse	132,08
Casokassen	3 112,65
Zahlstellenkassen	63 645,11
Summa	559 963,18

Revidiert und für richtig befunden:

L. Edzonne, A. Krüger, W. Voß, G. Haenens,
B. Kamke, C. Stedel.

Johannes Krohn, Hauptkassier

Konzentration in der Zigarettenindustrie

Seit der Einführung der Rentenmark hat die Zigarettenindustrie wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig eine äußerst schlechte Geschäftslage gehabt. Die einzelnen Fabriken litten unter schlechtem Absatz und gerieten teilweise bei dem Steuerfiskus und den Lieferanten für Tabak stark in Verschuldung. Diese Entwicklung hat die Konzentration in der Zigarettenindustrie sehr beschleunigt. Durchweg ist es Händlerkapital, das hinter den Zusammenballungen steht. Es verfolgt den Zweck, die Belieferung der Fabriken mit Tabak ganz in die Hand zu bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Fabriken, soweit ihre Rentabilität verbürgt erscheint, aufgekauft und in die großen, bereits bestehenden Verbände eingefügt. Hand in Hand mit der Konzentrierung geht unleugbar eine Verminderung der Betriebe. Das ist eine Erscheinung, die wir auch zum Teil in andern Wirtschaftszweigen, zum Beispiel in der metallverarbeitenden Industrie, beobachten können.

Im Grunde genommen sind es drei große Konzerne, die sich in der Zigarettenindustrie herausgebildet haben. Sie beherrschen, gestützt auf das hinter ihnen stehende Händlerkapital, den Markt heute fast vollständig. Als Kapitalgeber ist wohl die Standard Company am bekanntesten. Sie machte vor einigen Wochen durch die Beteiligung an der Jasmah-Gruppe sehr viel von sich reden. Jasmah war schon vor dem Kriege, als nach der Streit um die truitsfreie Zigarette geführt wurde, in amerikanischem Besitz. Damals war es die America Tobacco Co., die ihre Hand auf die Aktien der Jasmah-Gruppe gelegt hatte. Während des Krieges trat eine Änderung in den Besitzverhältnissen ein, und zwar wurde die Deutsche Bank Hauptinteressent an der Firma Jasmah. Das dauerte bis zur Zeit der Rentenmark. Da die Deutsche Bank nicht willens war, den Kreditbedarf des Jasmah-Konzerns zu befriedigen, trat sie ihre Aktien zum Teil an die Standard Company ab. Der Mittler bei diesem Geschäft war der Generaldirektor Gütschow, der schon vor dem Kriege der Verbindungsmann zwischen dem amerikanischen Tabaktrust, der American Tobacco Co. und Jasmah war. Durch die Ueberleitung des Jasmah-Aktienpaketes in amerikanischem Besitz hat der Jasmah-Konzern mit einer der größten amerikanischen Handelsfirmen für „türkische“ Tabake Rührung genommen. Die Standard Company hat während der verfloßenen 7 Jahre nicht weniger als ein Drittel der in den Vereinigten Staaten verbrauchten „türkischen“ Tabake eingeführt. Die Gesellschaft ist von internationaler Struktur und hat ihre Bureaus in allen Orten der Welt. Bekannt ist das Kontrollbureau für die Levante in Athen. Dazu treten verschiedene Zweigbureaus in Griechenland, in der Türkei und in Bulgarien. Für den Verkauf in Europa unterhält die Standard Company in London und in Hamburg große Filialen. Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 15 056 Vorzugsaktien zu je 100 Dollar. Diesen Aktien garantiert sie jährlich eine Dividende von 7 Prozent. Außerdem besitzt der Trust 220 000 Common Shares, die auf keinen Nominalbetrag lauten. Sie sind auch nur zum kleinsten Teil ausgegeben. Ihr innerer Wert wird auf gut 4 Millionen Dollar geschätzt. Seit Februar 1923 wird auf die ausgegebenen Common Shares eine Dividende von 1 Dollar pro Stück bezahlt. Die Leitung des Trusts liegt in der Hand von Ery Kehana. Wie weit der amerikanische Tabaktrust, American Tobacco Co., an den Geschäften des Jasmahkonzerns Interesse genommen hat, ist nicht recht durchsichtig. Die Verbindung mit der Standard Company selbst ging in der Weise vor sich, daß der frühere Generaldirektor Gütschow und die Deutsche Bank ihren Gesamtbesitz an Jasmah-Stammaktien an die Standard Company abtraten. Sie erhielten dafür einen Verbetrag und außerdem die Mehrheit der oben erwähnten Shares.

Außer der Standard Company sind von den Gruppen internationaler Tabakhändler die Gesellschaften „Tabacco“ und „Theoria“ an dem deutschen Markt interessiert. Beide werden vertreten durch die bekannten Tabakmänner Herzog und von Salsmann. Zu ihnen tritt der bekannte Kiazim Enim, der durch Bildung eines Konzerns versucht hat, sich für seinen Tabak den deutschen Absatzmarkt zu sichern. Der Kiazim Enim-Konzern ist aber keineswegs neuen Ursprungs. Kiazim Enim selbst ist seit ungefähr 15 Jahren an der Münchener Zigarettenfabrik Zuban beteiligt, außerdem hat er seit ungefähr zwei Jahren Interesse an Waldorf Wörta genommen. Neuerdings ist zwischen dem Kiazim Enim-Konzern und der Firma Schloß Tiefurt, die ursprünglich eine Gründung des Mandatrichters Salomon ist, ein Liefervertrag abgeschlossen worden. Außerdem hat die Standard Company im Besitz des Kiazim Enim-Konzerns Aktien der bekannten Louis Trecht & Co. Da gegen hat die Firma Haus & Wierburg, die bislang mit dem Kiazim Enim-Konzern verbunden war, ihre Beziehungen gekündigt. Schließlich wird auch

die Firma Wenefti mit dem Riazim Enim-Konzern in Verbindung gebracht. Das trifft aber nicht zu. Wenefti hatte be-
kanntlich Beziehungen zu dem Spritkonzern (Rahlbaum, Schult-
heit, Ostwerke). Sie sind aber bereits seit geraumer Zeit gelöst,
und zwar wurde bei Wenefti nach Eintritt der festen Verhält-
nisse in Deutschland eine Sanierung mit französischem Kapital
durchgeführt. Augenblicklich ist ein früherer Tabaksexporteur in
Rußland, Gordon, der in Paris seinen Wohnsitz hat, Aktionär
bei Wenefti.

Als dritter und letzter großer Konzern ist der sogenannte
Schnur-Konzern zu behandeln. David Schnur ist der Stieffohn
des bekannten Tabaksmannes Zellermeyer, des früheren Ver-
sigers der Karmitri-Zigarettenfabrik. Er hat es durch seine
Tätigkeit im Tabakhandel usw. verstanden, beträchtliche Kapita-
lien aufzuhäufen, die er für seine Konzentrationsbestrebungen
benutzt. In eingeweihten Kreisen nimmt man aber an, daß
David Schnur stark mit Leihkapital arbeitet. Schnur besitzt die
Aktienmajorität der Zigarettenfabriken Manoli, Keemtsma, Kar-
mitri, Haddges, Messim. Diese Fabriken sind durch einen Inter-
essengemeinschaftsvertrag miteinander verbunden. Sein Haupt-
zweck ist der gemeinsame Tabakeinkauf. In allen übrigen ge-
schäftlichen Handlungen sind die Schnur-Fabriken so ziemlich
selbständig.

Es liegt auf der Hand, daß diese kapitalstarken Unter-
nehmungen die kleinen, noch selbständigen Fabriken fast auto-
matisch aufnehmen. Es hat allerdings nicht an Gegenbestrebun-
gen gefehlt. So wurden z. B. Kontingentierungspläne erörtert.
Man wollte durch Einschränkung der Produktion die Preise
halten, um nach der Seite des Einkaufs frei zu bleiben. Die Idee
scheiterte aber zuletzt an dem übersehten Preis, der den Absatz
zeitweise bedenklich droffelte. So ist angesichts dieser Lage da-
mit zu rechnen, daß sich die Konzentration weiter vollzieht und
die drei Hauptunternehmungen der Zigarettenindustrie früher
oder später unter sich eine Interessengemeinschaft bilden.

Aus den Gauen und Zahlstellen.

Konferenz des Gaues Pfalz.

Am 22. März tagte in Neustadt a. d. S. eine Konferenz des Gaues
Pfalz, auf der neun Zahlstellen durch 17 Delegierte vertreten waren.
Kollege Gauleiter Berg referierte über die neue Tabaksteuer und das
Elend der Tabakarbeiter in der Pfalz. Der Referent gab weiter einen
Uebersicht über die bisherige Lohnpolitik unseres Verbandes und schil-
derte eingehend die ungeheuren Schwierigkeiten bei den Reichstari-
verhandlungen in Dornhausen. Die Absicht der Zigarettenfabrikanten,
auf der ganzen Linie abzubauen, hat sich bei den Verhandlungen sehr
bemerkbar gemacht. Ein furchtbares Ringen und Kämpfen um einen
halben Prozent dauerte oft bis weit in die Nacht hinein. Unserer
Verhandlungskommission ist es nach schweren Kämpfen gelungen,
einen neuen Reichstarif zum Abschluß zu bringen, ohne viel Einbuße
zu leiden. Redner weist darauf hin, daß, um die späteren Lohnverhand-
lungen erfolgreicher zu gestalten, alle Tabakarbeiter im Deutschen
Tabakarbeiter-Verband zusammengeschlossen sein müssen. Kollegin Wolf
kam in der Diskussion nochmals auf die neue Tabaksteuer zurück und gab
dann ein Bild von den Reichstariiverhandlungen am 2. März in
Mannheim. Die Tabakarbeiter konnten daraus ersehen, was für sie
bevorsteht. Nach einer längeren Aussprache, woran sich die Kollegen
Wegner, Bleigard, Hitzendegen, Waker, Postel,
Meißner und Wolf beteiligten, wurde folgende Resolution ein-
stimmig angenommen: „Die am 22. März 1925 in Neustadt a. S.
tagende Gaukonferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes lehnt
mit aller Entschiedenheit eine neue Erhöhung der Tabakölle und
Bänderostensteuer ab. Die Pfälzer Tabakarbeiter sind seit einer Reihe
von Jahren in ihrer Existenz schwer geschädigt. Als Randvolk sind wir
Pfälzer besonders großen Gefahren ausgesetzt (Vertrag von Versailles).
Die versammelten Delegierten erwarten mit aller Bestimmtheit von
der Reichsregierung, die Pfälzer Tabakarbeiter nicht erneut in ihrer
Existenz zu erschüttern, da sich die Berufslage von der Abkürzung
(passiver Widerstand) noch nicht erholt hat. Die Arbeiter verlangen,
daß die Reichsregierung endlich dem zusammengebrochenen Wirtschafts-
leben in der Tabakindustrie der Pfalz Rechnung trägt. Sie lehnen
nochmals jede neue Belastung des Tabaks und der Tabakfabrikate ab.
Die Delegierten richten an die Organisation das Ersuchen, die
hayerische Regierung und den Reichsrat zu veranlassen, in diesem
Sinn zu wirken.“ In der weiteren Diskussion kam einmütig zum
Ausdruck, daß die Verhandlungskommission voll und ganz ihre Com-
petenz genau habe und die bisher geführte Lohnpolitik die richtige sei.
Nachdem Kollege Berg nochmals auf die außergewöhnlichen Verhält-
nisse in der Pfalz hingewiesen hatte, forderte er die Anwesenden auf,
dem Verbands die Treue zu wahren und mit allen Mitteln dahin zu
wirken, den letzten Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiter-Ver-
band anzuschließen. Darauf schloß der Vorsitzende die gutverlaufene
Konferenz.

Wrotterode. In der am 23. März stattgefundenen Betriebsräte-
Sitzung der Zahlstelle Wrotterode, in der alle Betriebe vollzählig ver-
treten waren, wurde mit Entrüstung Kenntnis genommen von den
mitteldentschen Reichstariiverhandlungen. Vordem verhielten sich

die Fabrikanten bei der Verschiebung der Orte in höhere Klassen.
Erhöhung der Ortszuschläge und bei der Festsetzung der Löhne für
Zigarren im Gewichte von über 20 Pfund. Man sollte doch anneh-
men, daß die Fabrikanten, die die hiesige Forderung und die Arbeit
ganz genau kennen, nicht die berechtigten Forderungen der Tabak-
arbeiter ablehnen könnten. Wir fordern vom Hauptvorstand, sich mit
der Sache genau zu befassen, daß nun endlich einmal unseren Verhält-
nissen ein kleines bißchen Rechnung getragen wird, und nicht, daß bei
Festsetzung der Ortszuschläge wieder ein letzter Wille in Frage kommt.

Frankenberg i. Sa. Die Tabakarbeiter der hiesigen G. E. G.
Zigarrenfabrik beschäftigten sich am 13. März mit ihrer gegenwärtigen
Lage. Sie finden es unverständlich, daß in den drei meistergültigen
Zigarrenfabriken (Hamburg, Hohenheim und Frankenberg) nur 370
Arbeiter 24 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Dabei können
1700 Personen beschäftigt werden, deren Arbeit auch wieder nur einen
Teil des Bedarfs der Konsumvereine an Zigarren darstellte. Nach ein-
gehender Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß die Leitung der
Abteilung Tabak sich nicht genügend dem jetzigen Zeitgeist anpaßt,
insbesondere stehen von langjährig gearbeiteten Sorten zuviel auf
Lager. Dasselbe wird auch durch keine Kurzarbeit weniger werden, da
es meist unmoderne Fassons sind. Des weiteren kann von einer vor-
bildlichen Entlohnung auch nicht mehr gesprochen werden, da jede
andere als tarifliche Entlohnung sehr grundsätzlich abgelehnt wird;
denn dieses von Arbeitern geschaffene Unternehmen ist seit Jahren
Mitglied des Unternehmerverbandes (R.D.Z.). Man bekundet damit,
daß nur rein kapitalistisch gewirtschaftet wird. Deshalb wird auch
jeder von Arbeiterseite kommende Abänderungsvorschlag abgelehnt,
denn nur was die Geschäftsleitung bestimmt, ist richtig. Das wurde
auch den am 9. März in Hamburg persönlich vorstellig gewordenen
Vertretern der drei Betriebe gesagt. Dadurch wird auch eine Flucht
der Arbeiter aus diesen Betrieben begünstigt, die bei besserem Ge-
schäftsgang dann nicht so schnell zurückkommen. Dann sollen nachher
die übriggebliebenen Arbeiter Ueberstunden machen, um ihren Lohn zu
verbessern. Währenddessen ist die Zahl der Angestellten um die Hälfte
ihres Bestandes vermehrt worden, wohingegen die Arbeiterzahl um 1/2
zurückging. Man sieht eben, es ist auch in Arbeiterbetrieben nicht alles
Gold, was glänzt.

Leipzig. Eine am 24. März stattgefundene Funktionärversamm-
lung der Leipziger Zigarrenbetriebe nahm Stellung zu den geschet-
ten Reichstariiverhandlungen in puncto Ortszuschläge. Die sehr
lebhaft ausgesprochene darüber ergab, daß die Kollegen es nicht verstehen
können, daß man in der jetzigen Zeit den Tabakarbeitern mit Lohn-
abbau kommen kann und besonders nicht berücksichtigt, daß die Groß-
städte in Sachsen anderen Großstädten im Reiche gleichgestellt werden
müssen. Es steht doch laut Statistik fest, daß die sächsischen Groß-
städte mit die teuersten sind, was selbst die Fabrikanten wissen, aber
bei Lohnverhandlungen nie zugeben wollen. Das schamlose Verhal-
ten der Unternehmer hat in den Fabriken den nötigen Widerstand ge-
geben; der letzte Unorganisierte sieht es langsam ein, wohin die Reise
geht. Es werden in Leipzig 70 Prozent bessere über 16 1/2 Pfund
schwere Arbeiten hergestellt, und gerade da soll der Abbau beginnen,
wo die beste Arbeit unter schwersten Bedingungen geleistet wird. Die
Kollegen haben es langsam satt, bei jeder Lohnverhandlung Haare zu
lassen, wie die letzten Tarifverhandlungen in Riela wieder gezeigt
haben und fordern daher vom Zentralen Tarifausschuß, daß er die
Ortszuschläge in Sachsen denen vom Bezirk Berlin-Brandenburg
gleichstellt. Es kam weiter zum Ausdruck, daß die Kollegen nicht ge-
willt sind, sich einen Pfennig Lohnabbau gefallen zu lassen und wird
etwa getätigtem Abbau der schwerste Kampf angefangen. Die Kollegen
erwarten, daß unser Vorstand alles anbietet, um uns zu unserem
Rechte zu verhelfen und uns dann unterstützt, wenn der Kampf nicht
zu vermeiden ist. Weiter besaßen sich die Funktionäre mit der
drohenden Tabaksteuer. Es wurde verlangt, daß der Vorstand von sich
aus eine kräftigere Aktion einleitet zur Abwehr des drohenden Un-
heils. Die Freiburger Resolution vom 27. Februar wurde voll unter-
stützt. Die Regierung soll, ehe sie in eine Erhöhung der Steuer ein-
willigt, mit unseren Vertretern Rücksprache nehmen und sich den Kol-
gen dieser neuen Steuer, besonders auf die armen, in keinem anderen
Brenn unterzubringenden verkrüppelten Tabakarbeiter, nicht ver-
schließen und für eine besondere Unterstützung dieser Opfer sorgen. Die
Kollegen hatten es für notwendig, daß in einer das ganze Tabak-
gewerbe umfassenden Konferenz die ganze Schwere dieser geplanten
Steuer besprochen wird und Maßnahmen beschlossen werden. Die zum
Scheitern dieser Steuerpläne führen. Vor allem muß der Dawesplan,
wenn er nur auf Kosten der Arbeiterschaft bezahlt werden soll, ver-
schwinden. Die Tabakarbeiter verlangen endlich Ruhe vor allen
Steuerplänen, die sie immer weiter ins graue Elend stürzen.

Regensburg. Mitgliederversammlung am 15. März. Nach Er-
ledigung der mehr geschäftlichen Angelegenheiten gab Kollege Hilch
einen Bericht über die Verhandlung wegen der Ortsklasseneinteilung
in der Haude- und Schnurindustrie, welche uns endlich um eine
Klasse vorwärtsbrachte, so daß wir jetzt in Klasse IV vorrückten.
Darauf wurde die Beitragsregelung behandelt, bei welcher die noch
zurückstehenden Beiträge der weiblichen Mitglieder vom 1. April an
auf 50 % bzw. 55 % erhöht werden müssen. Denn wurde eine Reso-
lution verfaßt, in welcher der Vorstand beauftragt wird, gegen die
neue Tabaksteuererhöhung, welche der Tabakarbeiter sehr stark
schaden würde, Stellung zu nehmen. Bevor die Reichstariiverhandlung ein
Referent sprechen darf die freitenden Tou-
arbeiter in Wrotterode wird eine Sammlung veranstaltet und eventuell
ein Zuschuß aus der Lokalkasse geleistet werden.

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Zigarrenindustrie.
Etwas für harmlose Gemüter.

In der „Süddeutschen Tabakzeitung“ vom 29. März ist nachfolgende Anfrage zu lesen:

M. K. in W. Sind wir verpflichtet, die zwischen dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller G. V. und dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband getroffenen Lohnsätze zugl. der jeweiligen Bezirks- und Ortszuschläge zu zahlen? Wir bemerken hierzu, daß unsere Arbeiter dem Verbands Deutschen Tabakarbeiter nicht angehören, desgleichen auch wir nicht dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller.

Diese Anfrage ist für die Tabakarbeiter im allgemeinen sehr lehrreich und für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband im besonderen sehr ehrenvoll. Weil die Tabakarbeiter bei M. K. in W. nämlich unserer Organisation nicht angehören, glaubt der selbst unorganisierte Unternehmer nicht nötig zu haben, die tariflich vereinbarten Löhne zu zahlen. Daraus können die unorganisierten und falschorganisierten Tabakarbeiter ersehen, wie sie von den Unternehmern eingeschätzt werden. Sollte das nicht jedem von ihnen Veranlassung geben, sich sofort dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anzuschließen?

Aus der Zigarettenindustrie.

Köln. Vom 23. März 1925 an werden nachfolgende Stundenlöhne gezahlt: Männliche im Alter bis zu 17 Jahren 34 Pfg., von 17 bis 19 Jahren 46 Pfg., von 19 bis 22 Jahren 62 Pfg. und von über 22 Jahren 73 Pfg. Weibliche im Alter bis zu 17 Jahren 29 Pfg., von 17 bis 20 Jahren 39 Pfg. und von über 20 Jahren 49 Pfg. Auf diese Löhne erhalten Zuschläge: 1. Maschinenmädchen (Fahrerinnen) 75 Prozent. 2. Maschinenmädchen und Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakabteilung 10 Prozent und Tabakschneider und Meißerschleifer 15 Prozent. Die Verheiratenzulage für Männliche beträgt pro Woche 2,40 M.

Aus der Rahtabakindustrie.

3. Nachtrag zum Tarifvertrag für Nordhausen, Salza, Eichwege und Bankeib vom 10. Januar 1924.

Die am 14. Oktober 1924 vereinbarten Löhne werden erhöht für die Stichtlohnarbeiter um 7½ Prozent und für die Zeitlohnarbeiter um 12½ Prozent. Die Löhne sind erstmalig an dem Lohnzahlungstage nach dem 29. März zahlbar. Nordhausen, den 30. März 1925.

Aus dem Tabakgewerbe.

Das Sortieren von Zigarren mittels Elektrizität.

Auf der jüngsten Tabakausstellung im Grand Central Palace zu New York erregte eine Zigarrensortiermaschine allgemeines Aufsehen, da diese mit fast unheimlicher Präzision arbeitete und dabei eine erstaunliche Leistungsfähigkeit entwickelte. Sie sortierte nämlich in einer Stunde viertausend Zigarren in 32 Schattierungen, je nach der Farbe des Deckblattes, und miewohl der Unterschied zwischen den Zigarren ein so geringer war, daß selbst der erfahrenste Fachmann ihn mit dem bloßen Auge nicht zu erkennen vermochte, wurde er von der Sortiermaschine im Augenblick erkannt, und die Zigarren fielen mit unfehlbarer Sicherheit und Geschwindigkeit in die betreffenden Behälter.

Dieser wunderbare Apparat wird mittels Elektrizität betrieben und er arbeitet ebensogut bei Tageslicht wie im Dunkeln, da der empfindliche Mechanismus eingeschlossen ist. Das sogenannte „Auge“ der Maschine besteht aus einer photoelektrischen Zelle, wie solche von den Astronomen zur Feststellung der Lichtstärke der Sterne verwendet wird, und je nach der Intensität des Lichtreflexes von dem Deckblatt jeder Zigarre findet die Einteilung in 32 Sorten statt.

Gestorben sind:

- Am (?) Januar die Zigarrenarbeiterin Frau Kölling, 59 Jahre alt (Zahlstelle Sonneborn).
- Am 23. Februar die Zigarrenarbeiterin Elli Pausch, 27 Jahre alt (Zahlstelle Birna).
- Am 25. Februar die Zigarrenarbeiterin Leni Spiehl, 28 Jahre alt (Zahlstelle Landshut).
- Am 8. März der Zigarrenarbeiter Wilhelm Woslat, 45 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 14. März die Wickelmacharin Alwine Sob, 66 Jahre alt (Zahlstelle Guben).
- Am 21. März der Kollege Karl Fried (Zahlstelle Ruhr).
- Am 21. März die Zigarrenarbeiterin Walburga Bickel, 24 Jahre alt (Zahlstelle Wehen).

Ehre ihrem Andenken!

Verbandsteil.

Am 4. April ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Zahlstellenverwaltungen! Achtung!
In den Verbandsvorstand in Bremen müssen sofort geschickt werden:

- Die Statistikkarte!
- Alle überschüssigen Gelder!
- Die Quartalsabrechnung!
- Alle ungültigen Beitragsmarken!

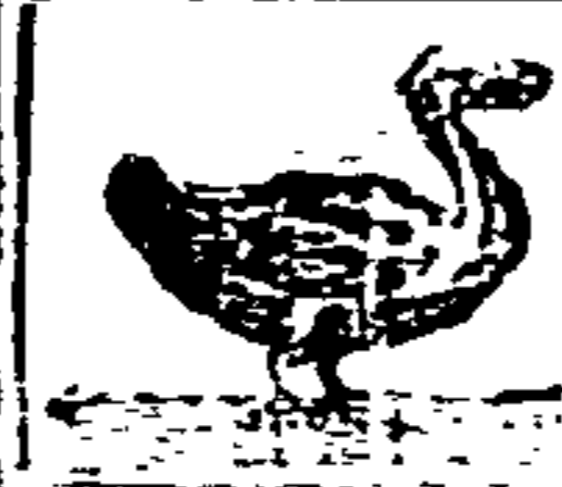
Folgende Gelder sind eingegangen:

- 17. März. Lahr 60,—.
- 20. Dresden 2000,—. Augsburg 80,—.
- 21. Kreuznach 200,—. Frankfurt a. M. 100,—. Neumarkt 50,—.
- Beerfelden 28,—. Mithelfeld 35,—. Ellshausen 110,—. Essen 100,—.
- Eger 160,—. Langwedel 100,—. Breslau 300,—. Drifon 50,—.
- 22. Spener 180,—.
- 23. Achim 250,—. Spenge 150,—. Metersen 80,—. Helbe 90,—.
- Bad Orb 40,—. Mühlhausen 50,—. Treffurt 1000,—. Neulußheim 57,35,—. Elshorst 50,—.
- 24. Vallendar 140,—. Berlin 1000,—. Oldenburg 30,—. Mannheim 100,—. Spradow 150,—. Hagen 30,—. Schwiebus 50,—. Teningen 75,—. Friesenheim 50,—. Schwab.-Hall 125,—. Cassel 52,—. Frankenberg 500,—.
- 25. Offenburg 100,—. Holzhausen 80,—. Mühlader 100,—. Leisnig 300,—. Rirtlach 50,—. Bentorf 100,—. Holsen 150,—. Frettal 60,—. Frankfurt a. O. 150,—. Calbe 80,—. Königsberg 100,—. Leipzig 500,—.
- 26. Breslau 100,—. Wiesbaden 65,—. Kleinammerode 200,—.
- 27. Bremen 250,—.

Bremen, den 30. März 1925.

J. Krohn.

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,—, weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, dänische weiße G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, weiße, ungeschlossene Reppfedern G.-M. 7,50, 8,50, beste Sorte G.-M. 10,—. Versand franko, zollfrei gegen Einnahme. Beste frei. Untausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sedel, Lohes 245 b. Pilsen-Böhm.



Kappel-

Schreib-Maschinen

unerreicht in Schnelligkeit!

Vertreter: **J. Straten & Co.**

Bremen, Jacobstraße 4.

L. COHN & CO.

Gegr. 1870

BERLIN N.

Gegr. 1870

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Wickelformen-Lager

Roh-Tabake

Tabakliste T B
Wickelformenmodellbogen
und Preise T B

auf Wunsch
kostenlos

Unserm Kollegen
Küchler
und seiner lieben
Paula
die besten Glückwünsche
zur **Vermählung**.
Die Mitglieder
der Zahlstelle **Yanoobera**.

Gibt ausgelesene
„**Tabak-Arbeiter**“
zu Agitationszwecken an
unorganisierte Kollegen und
Kolleginnen weiter!

Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

Wie alljährlich sind die Arbeitslosenziffern um die Jahreswende in fast allen Ländern gestiegen. In einigen Ländern hat die Arbeitslosigkeit sogar die um diese Jahreszeit übliche Höhe überschritten. Da in vielen Ländern keine staatliche Arbeitslosenversicherung besteht und infolgedessen keine genauen Arbeitslosenzählungen stattfinden, läßt sich für diese Länder der tatsächliche Umfang der Arbeitslosigkeit nicht zahlenmäßig feststellen. Aus den uns vorliegenden Angaben geben wir nachstehende Übersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

Australien. Nach den Berichten von Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von rund 400 000 waren Ende Dezember 10,3 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 9,5 Prozent Ende Oktober und 6,2 Prozent Ende Dezember 1923.

Belgien. Nach den Berichten von 1380 anerkannten Arbeitslosenkassen mit einer Gesamtmitgliedschaft von 633 409 waren am 31. Januar 38 516 oder 6,1 Prozent gänzlich oder teilweise arbeitslos, gegen 5,1 Prozent im Vormonat und 3,8 Prozent Ende Januar 1924.

Dänemark. Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Februar 16,6 gegen 16,3 im Vormonat und 21,9 Ende Februar 1924. Mitte März wurden im ganzen Lande 42 702 Arbeitslose gezählt, gegen 44 644 in der Vorwoche und 57 300 Mitte März 1924. Der Prozentsatz ist jetzt ebenso hoch wie in den Jahren vor dem Kriege.

Deutschland. Die Zahl der im Deutschen Reiche unterstützten Erwerbslosen betrug am 15. Februar 575 555 (gegen 502 479 am 1. Februar) und hat um 3 Prozent abgenommen. In den 40 berichtenden Verbänden mit einer Gesamtmitgliedschaft von 3 523 861 waren am 31. Januar 283 797 oder 8,1 Prozent der Mitglieder arbeitslos und 5,5 Prozent Kurzarbeiter. Die dementsprechenden Zahlen waren am 27. Dezember 1924 8,1 bzw. 6,5 Prozent. In der Zeit vom 1. bis 15. März hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 540 000 auf 515 000, d. h. um rund 5 Prozent, vermindert. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger von 501 000 auf 475 000 gesenkt, die der weiblichen ist annähernd gleich geblieben. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 752 000 auf 727 000 zurückgegangen.

Frankreich. Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitsuchenden betrug am 28. Februar 12 754 (9276 Männer und 3478 Frauen), gegen 12 413 im Vormonat und 11 239 im Februar 1924. In der letzten Woche des Februar vermittelten die Arbeitsnachweise 22 778 Stellen und verschafften außerdem 3225 eingewanderten Arbeitern Be-

schäftigung. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen betrug 705 gegen 509 im Vormonat und 1042 im Februar 1924. Die Angaben über die Zahl der unterstützten Arbeitslosen sind jedoch nicht vollständig, da nicht alle in Betracht kommenden Stellen hierüber berichtet haben.

Finnland. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise in den größeren Städten betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen Ende Januar 3834 (davon 2721 Männer und 1113 Frauen). Dies ist die größte der bisher in Finnland registrierten Arbeitslosenzahlen. Diese Zahlen entsprechen jedoch bei weitem nicht der wirklichen Anzahl, da hauptsächlich unter den Wald-, Flößerei- und Sägewerksarbeitern große Arbeitslosigkeit herrscht. So schätzt z. B. der Holzarbeiter-Verband die Zahl der Arbeitslosen in dieser Industrie auf zirka 10 000. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sich an den Reichstag gewandt und fordern Unterstützung der Arbeitslosen bzw. Vornahme von Notstandsarbeiten. Um diese Forderungen zu unterstützen, sollen am 22. März im ganzen Lande Arbeiterdemonstrationen stattfinden.

Großbritannien. Von den 978 056 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende Februar 91 593 oder 9,4 Prozent arbeitslos, gegen 9 Prozent Ende Januar und 8,1 Prozent Ende Februar 1924. Von den ungefähr 11 500 000 gegen Arbeitslosigkeit versicherten waren Ende Februar 11,6 Prozent arbeitslos, gegen 11,5 Prozent im Vormonat und 10,7 Prozent Ende Februar 1924. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug am 9. März 1 220 700.

Holland. Bei den Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit 5000 Einwohnern waren am 31. Januar 42 100 arbeitsuchende gelernte und 36 500 ungelernete Arbeiter eingetragen. Bei diesen Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die eingetragenen Arbeitsuchenden nicht immer arbeitslos sind, und daß von den ungelerten Arbeitern ein Teil zu den Kurzarbeitern gerechnet werden muß. Von den Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenkassen waren am 14. Februar 26 495 gänzlich und 7402 teilweise arbeitslos.

Italien. Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende Dezember 150 449 gegen 135 785 im Vormonat und 258 580 im Dezember 1923. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen betrug in denselben Monaten 15 004, 16 061 bzw. 34 608.

Kanada. Nach den Angaben von Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von 154 000 waren am 31. Januar 10,2 Prozent der Mitglieder arbeitslos gegen 11,6 Prozent im Vormonat und 7,5 Prozent Ende Januar 1924.

Lettland. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen der fünf größten Städte eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Februar 4475 (2657 Männer und 1800 Frauen), gegen 3521 im Vormonat.

Vorrechte.

Personen:

Der Gutsbesitzer — Der Aktionär — Der Gebildete.

Der Gutsbesitzer: Für mich liegt die soziale Frage sehr einfach. Ich muß meine alten Rechte gegen diese unsinnigen modernen Ideen von der Gleichberechtigung aller Menschen verteidigen.

Der Gebildete: Richtig. Denn wenn die Sozialisten gegen...

Der Gutsbesitzer: Dann „gehört die Erde dem ganzen Volke“, wie sie in ihrer phrasenhaften Sprache sagen.

Der Gebildete: Leider ist das mehr als eine Phrase. Diese Idee würde sich ungemein leicht durchführen lassen.

Der Aktionär: Ja. Alle Bewirtschafter des Bodens würden einfach zu Staatspächtern erklärt.

Der Gutsbesitzer: Das heißt also: Meine Pächter hätten mit keinen Pfennig Pacht mehr zu zahlen?!

Der Gebildete: Freilich. Denn eben diesen Pachtzins, den Sie jetzt erhalten, gönnt man Ihnen nicht. Man bezeichnet ihn als „arbeitsloses Einkommen“.

Der Gutsbesitzer: Und womöglich müßte ich von dem Lande, das ich selbst bewirtschaftete, noch Pacht an den Staat zahlen.

Der Gebildete: Denn Sie benutzen ja „Volkseigentum“. Tatsächlich sind Sie doch gegenwärtig stark im Vorteil

gegenüber denjenigen, die am Boden des Vaterlandes zufällig nicht teilhaben.

Der Gutsbesitzer: Na ja, jeder kann doch auch nicht Gutsbesitzer sein.

Der Gebildete: Nein, aber das ganze Volk kann es, meinen die Sozialisten.

Der Gutsbesitzer: Eine entseglte Irreführung! (Zum Aktionär): Was sagen Sie dazu?

Der Aktionär: Geht es mir besser? Ich bin genau so bedroht wie Sie. Die Unternehmen, an denen ich beteiligt bin, würde man ebenfalls für Staatseigentum erklären. — Und wo bliebe dann meine Dividende?

Der Gebildete: Mit der wäre es aus, denn die ist auch „arbeitsloses Einkommen“.

Der Aktionär: Was sich diese Leute eigentlich erbilden!

Der Gebildete: Je nun, von ihrem Standpunkte aus handeln sie ziemlich konsequent. Sie sagen: Die Produktionsmittel, also die Fabriken, Maschinen, Banken usw. — und übrigens auch der Grund und Boden, Herr Gutsbesitzer —, gehören ihren Eigentümern ein „Monopol“.

Der Aktionär: Na, wieso denn?

Der Gebildete: Sie verschaffen ihnen ein Sonderrecht auf die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

Der Gutsbesitzer: Die Phrasen dieser sozialistischen Heher beherrschen Sie wirklich meisterhaft. Aber steckt denn ein Stroh hinter dem Schwanz?

Norwegen. Am 10. März wurde die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Lande auf 20 700 berechnet, gegen 23 000 im Vormonat und 18 400 im März 1924. In diesen Zahlen sind nicht eingerechnet die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Personen, deren Anzahl auf zirka 7000 geschätzt wird, gegen zirka 9000 im März 1924.

Oesterreich. Die Zahl der eingetragenen Erwerbslosen betrug am 31. Januar 208 198, die der unterstützten Arbeitslosen 187 559. Dies sind die bisher höchsten Arbeitslosenziffern seit der Sanierung. Im Januar 1924 betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 119 766. Der Bericht für Februar weist einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Wiener Gemeindebereich um 600 Personen auf. Eingetragen waren in Wien Ende Februar 94 554 Arbeitslose; von diesen bezogen insgesamt 79 333 Unterstützungen. Es ist der erste Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Oktober 1924.

Polen. Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der Arbeitslosen am 24. Januar 172 420, gegen 159 060 im Vormonat und 100 530 Ende Januar 1924. Von diesen wurden unterstützt 77 491 Personen gegen 70 898 Ende Dezember 1924.

Rußland. Nach Durchführung der im Herbst 1924 begonnenen „Säuberung der Arbeitsnachweise“, d. h. nachdem die Zahl der zur Registrierung Berechtigten stark eingeschränkt worden war, verminderte sich die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen von 1,4 Millionen auf zirka 700 000. Seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen. In der „Izvestija“ vom 24. Februar wird die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen mit 800 000 angegeben.

Schweden. Von den 204 456 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren am 31. Januar 29 926 oder 14,6 Prozent arbeitslos, gegen 15,5 Prozent im Vormonat und 13,6 Prozent Ende Januar 1924.

Schweiz. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden betrug Ende Dezember 11 419, gegen 11 479 im Vormonat. Im Dezember 1923, wo noch staatliche Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, wurden 26 873 Arbeitslose gezählt.

Tschechoslowakei. Nach den amtlichen Mitteilungen betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen Ende Dezember 81 049 Personen gegen 69 965 Ende November. Vom Staate wurden direkt unterstützt 13 693 (Ende November 9580) und durch die Unternehmungen 13 791 (Ende November 9252) Personen.

Ungarn. Ende Januar waren von den Mitgliedern der Gewerkschaften 36 641 arbeitslos, gegen 33 095 im Vormonat und 17 643 Ende Januar 1924. Die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Lande ist natürlich bedeutend höher.

Vereinigte Staaten. Nach einem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 8785 Unternehmungen in 52 Industrien mit 2 707 719 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Januar um 0,9 Prozent zugenommen. 25 der 52 Industrien weisen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf, darunter die Maschinenbauindustrie

mit 7,1 Prozent und die Schiffsbauindustrie mit 6,9 Prozent. Die Indexzahl des Beschäftigungsgrades (Februar 1923 gleich 100) war im Januar 1925 90, Dezember 1924 89,4, und Januar 1924 95,4.

Lehrreiche Zahlen von den deutschen Konsum-Genossenschaften.

Vom Zentralverband deutscher Konsumvereine wurden die Entwicklungszahlen des Jahres 1924 mitgeteilt, deren Bedeutung erst dann beurteilt werden kann, wenn man weiß, was zehn Jahre zuvor von den Konsumvereinen geleistet werden konnte und wenn man vergleicht, was die eigentliche Leistung sein müßte. Sehen wir also zu.

Die Umsätze von 1036 berichtenden Konsumvereinen des Zentralverbandes, dem im ganzen 1175 Genossenschaften angeschlossen sind, betragen im Kalenderjahr 1924 bei 3 448 218 Mitgliedern 548 741 184 M., also auf das einzelne Mitglied kommen 159,32 M. Jahresumsatz. Im Jahre 1914 betrug der Umsatz bei 1 633 644 Mitgliedern 640 123 888 M., also auf das einzelne Mitglied kamen 392 M.

Es liegt klar auf der Hand, daß ein derartiger absoluter und relativer Rückgang des Umsatzes eine schwere Schädigung der genossenschaftlichen Unternehmungen und damit der wirtschaftlichen Interessen der ihnen angeschlossenen Verbrauchersfamilien bedeutet. Und es kann in keinem Fall gesagt werden, daß für eine Arbeiterfamilie der Durchschnittsumsatz nicht höher gebracht werden könnte. Denn erstens sind zwar nicht die Reallohne, aber doch die tatsächlich gezahlten Löhne höher als im Jahre 1914 und ebenso die Warenpreise (weshalb ja der sogen. Reallohn niedriger ist), so daß sich der Durchschnittsumsatz erhöhen müßte, statt kleiner zu werden. Es müßten gegenüber dem Jahre 1914 statt 392 im Durchschnitt mindestens 500 M. herauskommen, denn 20 bis 25 Prozent Mehrlohn im Durchschnitt kann als sicher angenommen werden. Legt man nun diesen Betrag von 500 M. dem Jahresumsatz zugrunde, so müßte bei 3 448 218 Mitgliedern 1724 Millionen 109 000 Goldmark herauskommen, wobei sich die Mitglieder noch nicht einmal „überanstrengt“ hätten.

Es ist eine ganz unbegreifliche Kurzsichtigkeit seinen eigenen Interessen gegenüber, wenn man als Konsumvereinsmitglied und Hausfrau eines solchen die genossenschaftliche Warenversorgung nahezu verkümmern läßt, um dem privaten Handelskapital den Hofen in die Küche zu jagen. Denn die Verteilungsstellen der Konsumvereine müssen aufrechterhalten werden auch bei niedrigem Umsatz; ebenso müssen die Arbeiter und Angestellten weiterbeschäftigt werden, und man weiß ja außerdem, daß die Arbeitseinkommen bei den Konsumvereinen und ebenso die sozialen Leistungen wesentlich höher und günstiger sind als in der kapitalistischen Privatwirtschaft. Woraus sich ergibt, daß bei niedrigem Umsatz die Unkosten wesentlich höher sind und daß dieselben in dem Maße herabgedrückt werden wie der Umsatz steigt.

Der Gebildete: Wie man's nimmt. Menschliche Arbeitskraft kann heutzutage im allgemeinen nur noch nutzbringend verwertet werden mit Hilfe von Maschinen. Maschinen aber hat der Arbeiter nicht und kann sie auch nicht erwerben.

Der Aktionär: Aee. Die haben wir.

Der Gebildete: Nun gut, er ist also darauf angewiesen, daß Sie ihn in Ihren Betrieb einstellen. Er muß Ihnen seine Arbeitskraft wie eine Ware verkaufen.

Der Aktionär: Na, da ist doch nichts dabei! Wir bezahlen sie ihm ja auch bar.

Der Gebildete: Aber Sie geben ihm nur soviel dafür, wie Sie unbedingt müssen. Und da diese seltsame Ware Arbeitskraft im Ueberfluß angeboten wird.

Der Aktionär: So steht sie nicht hoch im Preise. Rechte.

Der Gebildete: Der Arbeiter aber muß trotzdem zugreifen. Denn sonst verhungert er.

Der Aktionär: Ja. Und er muß sich auch anständig betragen, sonst fliegt er.

Der Gebildete: Sehen Sie wohl! Sie können ihn jederzeit von den Produktionsmitteln absperrten. Darauf beruht Ihr Privileg.

Der Aktionär: Gut, wenn man das weiß. Ich habe bisher immer meine Coupons abgechnitten, ohne mir Gedanken zu machen, woher eigentlich die Zinsen kommen. Ich glaubte so halb und halb, das Geld kriegte Junge.

Der Gebildete: Sie haben von dem gelebt, was Ihre

weniger glücklichen Mitbürger für Sie erarbeiteten.

Der Gutsbesitzer (zum Gebildeten): Wenn man Sie so reden hört, könnte man fast denken, Sie seien selbst unter die Sozialisten gegangen.

Der Gebildete: Der Himmel bewahre mich! Ich weiß, was ich meiner gesellschaftlichen Stellung schuldig bin. Und außerdem, -- wenn ich auch leider nicht sehr begütert bin, so zähle ich mich trotzdem zu den Bevorrechteten.

Der Aktionär: Na eben. Nun fangen Sie bloß noch an, vom „Bildungsmonopol“ zu reden!

Der Gebildete: Meine Herren, ich will Sie durchaus nicht verlegen. Aber da wir nun einmal über diese Dinge sprechen -- jawohl, die Bildung verleiht tatsächlich ebenfalls ein Monopol. Wenigstens die abgestempelte Bildung, deren Besitz viel Zeit und schweres Geld kostet.

Der Aktionär: Recht haben Sie. Aussicht auf bessere Bezahlung, angenehme Tätigkeit und obendrein höheres Ansehen hat man allemal, wenn man so ein paar Examina hinter sich hat. Deshalb lasse ich auch meinen Jungen studieren.

Der Gutsbesitzer: Aber diese Vorrechte sind doch eigentlich harmlos, denn sie benachteiligen ja niemand.

Der Gebildete: Finden Sie? Die Arbeiter und unteren Beamten sind aber leider der Meinung, daß alle Leute so anständig bezahlt und behandelt werden müßten wie wir.

Der Aktionär: Na ja, das geht eben nicht.

Der Gebildete: O, es ginge schon, aber dann würde die Sache sehr an Reiz verlieren.

Von Sozialismus und Sozialisten mir zu reden und die praktische Gelegenheit zu versäumen, für ihn wirtschaftlich zu handeln, beraubt jede genossenschaftlich organisierte Verbrauchersfamilie des Rechts, über die schlechten Zeiten noch einiges dazu zu schimpfen. Insbesondere auch dann, wenn man weiß, daß die Konsumvereine wieder dazu übergehen, ihren Mitgliedern eine Rückvergütung auf den Umsatz herauszuzahlen. Aber viel höher noch als die Rückvergütung steht die Aufgabe, die Konsumvereine so auszubauen, daß sie, wenn auch in begrenzter Weise, die eigene Nahrungsmittelproduktion in Mühlen, Bäckereien, Schlachtereien usw. weiterentwickeln können und daß ihre Großverkaufs-Gesellschaft in Hamburg als Warenzentrale der deutschen Konsumvereine in der Lage ist, zur größeren, zentralisierten Eigenproduktion zu schreiten. Und neben Feigwaren, Rundholz, Tabak, Seifenfabriken usw. auch große Schuhfabriken, Kleiderfabriken, Möbelfabriken zu setzen!

Ist es nicht ein geradezu klägliches Zustand, daß die von den Arbeitern und Angestellten, auch Beamten und Handwerkern, selbstgeschaffenen genossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmungen einen Jahresumsatz von sage und schreibe rund 100 M pro Familie erzielen, statt 392 M wie im Jahre 1914 und statt 500 M, wie es heute mindestens sein könnte und müßte?!

Ein ebenso unbefriedigendes Kapitel bildet das Betriebskapital. Wie es durch die Geldentwertung im Jahre 1923 vollständig verloren gegangen ist, weiß jedermann. Es weiß auch jedermann, daß die Verwaltungen der Konsumvereine so schuldlos an diesem Verlust sind, wie das deutsche Volk an dem entstandenen und verlorenen Kriege. Nun hat sich die Führung der deutschen Konsumgenossenschaften seit Jahr und Tag angestrengt, neues Betriebskapital mit den mildesten Einzahlungsraten hereinzubekommen. Und der Erfolg? Die Geschäftsguthaben der Mitglieder, also das eigene Betriebskapital der Genossenschaften, betrugen Ende Dezember 1924 rund 15 Millionen Mark, im Jahre 1914 aber rund 37,5 Millionen. Diese Differenz wäre nicht so schlimm, aber es ist zu beachten, daß in der Summe von 1924 mindestens 10 Millionen aufgewerteter Geschäftsanteile stecken, so daß nur 7 Millionen bar eingezahlte Geschäftsanteile vorhanden sind. Die Mitglieder lassen sich ihre wertlos gewordenen Geschäftsanteile zwar „aufwerten“, verpfänden aber, daß ihre Genossenschaft Bargeld als Betriebskapital braucht. Es wäre auch noch nicht einmal so schlimm, wenn dann wenigstens der Ausgleich durch erhöhten Umsatz käme. Aber leider ist das Gegenteil der Fall, obwohl der erhöhte Umsatz es den Mitgliedern ermöglichte, ohne direkte Bareinzahlung, lediglich durch die sogenannte Gutschrift der Rückvergütung, die Geschäftsanteile wieder aufzufüllen, so daß die Konsumvereine nicht nur „aufgewertetes“ Betriebskapital, sondern bares wieder in größerem Umfange zur Verfügung hätten. Und dann würden Bankkredite mit hohen Bankzinsen erspart und die Warenpreise könnten niedriger gehalten werden. Aber so — — —

Auch die Spareinlagen bilden einen wunden Punkt in der Betriebskapitalfrage, und wenn die Bestände der Konsumvereine am Ende des Jahres 1924 rund 50 Millionen Mark auf-

weisen, so sind es wiederum etwa 40 Millionen aufgewertete Spareinlagen und kaum 10 Millionen Bareinlagen. Das heißt also: die Konsumvereine schenken ihren Mitgliedern durch Aufwertung von Geschäftsanteilen und Spareinlagen eine Summe von etwa 50 Millionen Goldmark, wie es keine Bank und keine Sparkasse tut, aber zum Danke dafür bevorzugt die große Masse den Privathandel und die Sparkassen bei der Herausgabe des Einkommens, damit die wirkliche Macht des Großkapitals immer noch mehr gestärkt wird.

Und dann redet man vom „Sozialisieren“, von „Verrätern“ und von weiß was sonst noch. — — —

Hoffentlich bringt diese „Epistel“ bei Tausenden Besserung. Denn nur deshalb ist sie geschrieben worden.

Genossenschaftliches.

Die deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1924.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, um nach der Zeit der Inflation, die alle Statistik wertlos machte, wieder einen Ueberblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, Vierteljahrstatistiken aufgenommen, von denen alle Vereine erfaßt wurden, die mehr als 400 Mitglieder zählen. Diesen Vereinen gehören rund 3 400 000 Mitglieder an, während in den kleineren, die fast ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, nur rund 58 000 Mitglieder vereinigt sind. Die durch die Statistik betroffenen Vereine reichen also zur Beurteilung der Verhältnisse völlig aus.

Zwangswirtschaft und Inflation hatten am Mark der Konsumgenossenschaften gezehrt, ihre Betriebsmittel vernichtet und ihre Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt. Während Hunderttausende von genossenschaftlich Indifferenten ihnen um augenblicklicher Vorteile willen zugeströmt waren, standen weit mehr alte Mitglieder, verärgert durch zahlreiche unangenehme Erscheinungen, an denen die Genossenschaften ganz unschuldig waren, abseits. Die Zufallsmitglieder kannten den Begriff „genossenschaftliche Treue“ nicht und verschwanden bei erster Gelegenheit wieder, die alten Mitglieder verlernten die gute Eigenschaft und wurden gleichgültig.

So war das Bild, das die Aufnahme für das erste Vierteljahr 1924 zeigt, ein recht wenig befriedigendes. In 736 Vereinen mit 3 325 249 Mitgliedern ergab sich nur ein Umsatz von 107 831 239 M. Das bedeutet je Mitglied nur 32,45 M oder wöchentlich nur die lächerlich geringe Summe von nicht ganz 2,50 M. Das hätte zu den ernstesten Besorgnissen berechtigt, wenn nicht eben von der Mitgliederzahl große Mengen von „Konjunkturmitgliedern“ abgerechnet werden müßten.

Die Hoffnung, daß es zäher, planmäßiger Arbeit gelingen werde, allmählich wieder gesündere Zustände herbeizuführen, erwies sich als begründet. Im zweiten Vierteljahr stieg der Umsatz bei 3 295 919 Mitgliedern auf 126 331 253 M oder 38,35 M je Mitglied, im dritten Vierteljahr — den Sommermonaten, wo das Geschäft abflaut — bei 3 343 180 Mitgliedern auf 137 786 101 M oder 41,20 M je Mitglied, im letzten Vierteljahr bei 3 389 085

Der Aktionär: Und vor allem ginge es nur auf unsere Kosten.

Der Gebildete: Allerdings. Und sehen Sie, meine Herren, wir Bevorrechteten müssen eben alle zusammenhalten. Wir bilden eine Interessengemeinschaft.

Der Gutsbesitzer: Sie heiraten unsere Töchter . . .

Der Gebildete: Soweit wir nicht ohnehin Ihre Söhne sind, ja.

Der Aktionär: Wir stellen Sie als Syndikus und bergleichen an . . .

Der Gebildete: Und wir vertreten dafür, auch wenn wir nicht unmittelbar in Ihren Diensten stehen, überall treulich Ihre Interessen, sei es nun als Beamte . . .

Der Aktionär: In der Schule . . .

Der Gutsbesitzer: In der Presse . . .

Der Gebildete: Oder wo sich sonst eine Gelegenheit bietet. Sie hinwiederum, meine Herren, fördern unsere gemeinsame Sache durch Ihr wirtschaftliches Uebergewicht, indem Sie diejenigen Parteien und diejenige Presse unterstützen, die für den Schutz unserer gemeinsamen Vorrechte eintreten.

Der Aktionär: Eine famos klappende Sache eigentlich. Man muß sich direkt wundern, daß die anderen das so wenig durchschauen.

Der Gebildete: Dazu wird es zu geschicht angefangen. Haben Sie je gehört, daß wir von „Vorrechten“ reden? Wir reden vom „Recht“, das es zu schützen gelte, von „Besitz

und Bildung“, vom „Mittelstand“ — wenn wir uns selbst meinen — und von „nationalen Belangen“, wenn wir unseren Geldbeutel gefährdet sehen. Besonders der letztere Ausdruck hat sich als sehr zugkräftig erwiesen.

Der Aktionär: Ja, ja, es ist etwas Schönes um so ein geduldiges, braves Volk.

Der Gutsbesitzer: Das verfluchte Treiben der Hezzer ist an dem nationalen Sinn unseres wackeren Volkes zusehender geworden.

Der Gebildete: Wiegen Sie sich bitte nicht in Sicherheit, meine Herren! Es gibt leider zu viele aufgeklärte Arbeiter, die das Spiel durchschauen.

Der Gutsbesitzer: O, ich verlasse mich auf das geistige Beharrungsvermögen der Masse.

Der Aktionär: Und ich auf die „nationale Presse“. Solange die Arbeiter und ihre Frauen größtenteils noch bürgerliche Zeitungen lesen, haben wir nicht zu fürchten, daß sie mal erkennen, wie sie betrogen werden.

Der Gebildete: Das ist richtig. Mit Hilfe unserer Presse halten wir sie in einer Art von Sklaverei, von geistiger Knechtschaft. Solange sie die Blätter lesen, die wir für sie schreiben lassen, tun sie nicht nur, was wir wollen, sondern sie denken sogar, was wir ihnen vorschreiben!

Der Gutsbesitzer (begeistert): Ein Volk, ein Gedanke, ein Wille!

Der Aktionär: Und ein ideales Geschäft!

(Dachdecker-Zeitung.)

Mitgliedern auf 166 875 397 M oder 49,24 M je Mitglied. Der Umsatz je Mitglied erhöhte sich also im Laufe des Jahres um rund 50 Prozent.

Am Schlusse des Jahres wurde dann eine Statistik aufgenommen, die alle Vereine umfaßte. Der Zentralverband zählte insgesamt 1175 angeschlossene Genossenschaften, von denen 1036 berichteten. Diese erzielten bei 3 441 218 Mitgliedern 548,741 184 Mark Umsatz oder je Mitglied 159,32 M.

Das sind absolut hohe Zahlen; relativ sind sie aber durchaus ungenügend. Im Jahre 1913/14, dem letzten Vorkriegsjahre, wurden bei 1 717 519 Mitgliedern 492 980 519 M Umsatz oder je Mitglied 287 M erzielt, also — wenn man die heutigen höheren Preise in Betracht zieht — mehr als doppelt soviel wie im Jahre 1924.

Es ist also noch außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wenn nur erst Verlorenes wiedergewonnen werden soll. Daß es an dem Willen und dem nötigen Eifer nicht fehlt, zeigt die im Jahre 1924 im Zentralverband entfaltete Werbearbeit. Allein in 280 Genossenschaften wurden 5729 Veranstaltungen zu Werbezwecken getroffen, an denen sich 2 619 824 Personen, darunter 1 218 715 Frauen und 138 051 Kinder beteiligten — eine Leistung, wie sie bislang noch nie vollbracht wurde.

Hoffen wir, daß im neuen Jahre der Erfolg diese Bemühungen, die restlos fortgesetzt werden, belohnen möge.

Aus der Betriebsrätepraxis.

Betriebsräte und Sozialversicherung.

Die Betriebsräte haben in der Sozialversicherung nur ein sehr beschränktes Mitwirkungsrecht, das aber trotzdem sehr wichtig ist. In erster Linie hat der Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahr im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken. Bekanntlich werden die Unfallverhütungsvorschriften von den Berufsgenossenschaften, die von den Unternehmern gebildet werden, erlassen. Nach dem Betriebsrätegesetz ist auch bei Unfällen ein vom Betriebsrat bestimmtes Mitglied zu den Unfalluntersuchungen hinzuzuziehen. Damit bilden die Betriebsräte ein wichtiges Bindeglied zwischen den Berufsgenossenschaften und den einzelnen Betrieben, dessen Tätigkeit zur Erhaltung eines gesunden Arbeiterstammes der Betriebe sehr viel beitragen kann.

Eine weitere wichtige Aufgabe haben die Betriebsräte auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Wenn nämlich in einem Betriebe eine Betriebskrankenkasse errichtet werden soll, dann ist die Errichtung abhängig von der Zustimmung des Betriebsrates. Gibt der Betriebsrat seine Zustimmung nicht, so darf die Betriebskrankenkasse auch nicht errichtet werden. Das ist ein sehr weitgehendes Recht, über dessen Tragweite sich die Betriebsräte sehr genau im klaren sein müssen. Ein Betriebsrat, der seine Zustimmung zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse gibt, übernimmt hier eine sehr weitgehende Verantwortung, da ihn mit Recht die Anschuldigungen der Betriebsmitglieder treffen würden, wenn sich nachträglich herausstellt, daß die neu errichtete Betriebskrankenkasse nicht leistungsfähig ist und die einzelnen Betriebsmitglieder dadurch in Krankheitsfällen geschädigt werden. Ein vernünftiger Betriebsrat wird es deshalb ablehnen, der Errichtung einer Betriebskrankenkasse seine Zustimmung zu geben.

Rundschau.

Erfolge durch die Gewerkschaftsmacht oder Geschenke von Schlichtungsinstanzen.

Die Gewerkschaften waren in den letzten Jahren vielfach gezwungen, bei Tariskämpfen usw. die Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen in Anspruch zu nehmen. Manches konnte dadurch gehalten und teilweise auch kleinere Erfolge erzielt werden. Nun hat ein Erfolg, der aus der Hand einer Schlichtungsinstanz entgegengenommen wird, immer einen bitteren Belgeschmack, weil dadurch indirekt bewiesen wird, daß die Gewerkschaften aus eigener Kraft nicht in der Lage waren, etwas Ähnliches oder Besseres für die Mitglieder herauszuholen. Bei einem Schlichtungsverfahren über die Arbeitszeitregelung, das kürzlich durchgeföhrt wurde, wies ein Gewerkschaftsvertreter gegenüber dem Schlichter darauf hin, daß dieser im Vorjahr bereits einen besseren Vorschlag formuliert habe als diesmal, obwohl doch die Wirtschaftslage sich inzwischen

wesentlich gebessert habe. Die Durchführbarkeit sei doch in heutiger Zeit viel eher gegeben. Der Schlichter antwortete hierauf u. a.: „Meine Herren, war die Arbeiterschaft im Vorjahre durch eigene Kraft in der Lage, ein Ergebnis, wie ich es durch Schiedspruch festgelegt, zu erzielen? Oder sind die Gewerkschaften heute stark genug, sich mehr zu holen, als ich in meinem Vorschlag festgelegt habe...?“ Die Frage des Schlichters konnte leider nicht fest bejaht werden, da die beteiligten Gewerkschaften tatsächlich nicht imstande waren, aus eigener Kraft mehr zu erreichen. Doch durch die Frage des Schlichters wurde eine empfindliche Stelle im Organisationsleben der Arbeiterschaft berührt. Die Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften sollten deshalb mit aller Kraft bestrebt sein, die Schlagkraft der Gewerkschaften und ihre Geschlossenheit dort zu steigern, daß diese aus eigener Kraft den Unternehmern mehr abzurufen vermögen. Dann brauchten die Schlichtungsinstanzen weit weniger in Anspruch genommen zu werden. Durch die tatsächliche Macht der Gewerkschaften errungene Erfolge werden ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht verfehlen und weit eher geschätzt werden als die, welche aus den Händen eines Schlichters entgegengenommen werden müssen. Grundbedingung hierfür sind und bleiben starke Gewerkschaften, um deren Ausbau jeder Arbeiter bestrebt sein möchte.

Arbeit und Produktion.

Eine der beliebtesten Behauptungen der Unternehmer zur Rechtfertigung ihrer Aktion gegen den Achtstundentag ist in allen Ländern der Hinweis auf die Notwendigkeit der Produktionssteigerung zur Hebung des Wirtschaftslebens. Daß diese Behauptung unrichtig ist und von den Unternehmern benützt wird, um die öffentliche Meinung bewußt irrezuföhren, ist an Hand der Produktionsergebnisse der einzelnen Länder schon oft nachgewiesen worden. Ein weiterer Beweis hierfür sind die neulich von dem „Federal Reserve Board“ der Vereinigten Staaten veröffentlichten Ziffern über die Produktion und Arbeiterbeschäftigung der amerikanischen Industrie im Jahre 1924. Diese Ziffern zeigen, daß die Produktion im Jahre 1924 die des Jahres 1919 um 14 Prozent übertraf, während die Zahl der Beschäftigten um 7 Prozent geringer war. Die industrielle Produktion war anderthalbmal so groß wie im Jahre 1914, während die Zahl der Arbeiter nur um ein Fünftel zugenommen hat.

Nachstehende Tabelle zeigt das Prozentverhältnis zwischen der Produktion und der Anzahl der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1924 in den Haupt-Industriegruppen (1919 = 100):

	Produktion	Arbeitsgelegenheit
Eisen und Stahl	107	83
Automobile	183	80
Textil	98	89
Nahrungsmittel	106	100
Holz	140	117
Papier und Druck	117	104
Leder	89	81
Zement und Backsteine	149	110
T a b a k	116	85

Diese Zahlen zeigen überall eine erhöhte Produktionsleistung pro beschäftigten Arbeiter. Hierbei muß noch der Umstand berücksichtigt werden, daß die Zahl der gelernten Arbeiter in der amerikanischen Industrie in stetigem Rückgang begriffen ist. Dank den modernen Produktionsmethoden ist es der amerikanischen Industrie trotz kurzer Arbeitszeit dennoch gelungen, die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters zu erhöhen.

Die Reichsindexziffer für März.

Die auf der neuen, erweiterten Grundlage berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats März auf 136,9 (gegen 135,6 im Vormonat). Sie hat sich um 0,3 Prozent erhöht. Nach der alten Methode würde sich die Indexziffer für den Durchschnitt März auf 125,7, also um 0,5 Prozent höher stellen als im Februar (125,1).

Gesucht werden:

Zehn Koller oder Kollerinnen und sieben Wästelmacher nach der Udermark (Ortsklasse 1). Logis wird nachgewiesen. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO. 36, Ratiborstraße 8.

Briefkasten. Tannenbergs K. Das Gedicht ist dem Klausstift zum Opfer gefallen. Bei aller Anerkennung der poetischen Veranlagung unserer Kolleginnen und Kollegen möchten wir doch darum ersuchen, Glückwunschanzeigen, die im „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht werden sollen, nicht mit Gedichten zu versehen.